

# Kroatien

Siniša Kušić

Nachdem die Mitte-Links-Koalition unter Ministerpräsident Ivica Račan seit Anfang 2000 das Land aus der Isolation der 1990er Jahre herausgeführt und durch pro-europäische Orientierung und konsequente Reformpolitik auf EU-Kurs (Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) geleitet hatte, erntete der neue – seit den letzten Parlamentswahlen vom November 2003 amtierende – Premier Ivo Sanader die Früchte dieser Arbeit: Die positive Stellungnahme aus Brüssel zum kroatischen Beitrittsantrag vom Februar 2003 traf am 20. April 2004 ein.<sup>1</sup> Darin vermerkte die EU-Kommission eine kontinuierliche Verbesserung bei der Kompetenzabgrenzung von Regierung, Parlament und Judikative, unterstrich die politische und ökonomische Stabilität des Landes und bezeichnete Kroatien als eine funktionsfähige Demokratie mit funktionierender Marktwirtschaft. Folgerichtig hob der Europäische Rat am 18. Juni 2004 Kroatien in den Status eines EU-Beitrittskandidaten und eröffnete dadurch dem Land die Möglichkeit, zusammen mit Bulgarien und Rumänien bei der nächsten Erweiterungsrunde dabei zu sein. Dieser Tag markierte gleichzeitig ein historisches Datum in der jüngeren Geschichte Kroatiens und wurde dementsprechend landesweit mit Feierlichkeiten begangen, darunter im Zentrum der Hauptstadt Zagrebs, auf dem Ban Jelačić-Platz. Neben der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit, war Kroatien dem zweiten großen Ziel, der EU-Vollmitgliedschaft, einen großen Schritt näher gekommen. Als Anerkennung der Reformleistung des Nachzüglers wurde Ende 2004 der Beginn der Beitrittsverhandlungen seitens der EU auf den 17. März 2005 terminiert, geknüpft an die Bedingung der „vollen Zusammenarbeit“ mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).

Ermöglicht wurde dieser Aufholprozess in Richtung EU-Mitgliedschaft durch eine breite Zustimmung sowohl der großen Parteien als auch der Mehrheit der Bevölkerung. So setzte die national-konservative Regierungspartei HDZ unter Sanader nach dem Regierungswechsel die pro-europäische Reformpolitik fort, insbesondere mit der Einbeziehung der serbischen Minderheit (SDSS) in die Regierungsarbeit und mit der Ankündigung einer engen Zusammenarbeit mit dem ICTY. Sie überraschte damit diejenigen, die mit der Rückkehr der Partei des ersten Präsidenten Franjo Tuđman einen fühlbaren Kurswechsel beim Thema EU-Integration erwarteten. Stattdessen wurde weiter an der Umsetzung der notwendigen Reformen in den Bereichen gearbeitet, bei denen seitens der EU noch Defizite gesehen wurden: Justizwesen, Minderheitenrechte, Rückführung von Flüchtlingen und Kampf gegen die Korruption. Bis Ende 2004 passierten knapp 500 Gesetze und Gesetzesvorlagen das kroatische Parlament (Sabor), womit bereits etwa die Hälfte der kroatischen Gesetze Anforderungen des *acquis communautaire* entsprachen.<sup>2</sup>

Der Euphorie folgte bald Ernüchterung. Der angesetzte Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde – erstmals in der Geschichte der EU – am 16. März 2005 auf unbestimmte Zeit verschoben, da die Regierung Sanader nach Ansicht der Chefanklägerin Carla Del Ponte im Fall des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Ante Gotovina nicht ausreichend mit dem Haager

1 Opinion on Croatia's Application for Membership of the European Union, Brussels, 20. April 2004, KOM(2004) 257 final.

2 [www.vlada.hr](http://www.vlada.hr), 17. März 2005.

Tribunal (ICTY) zusammenarbeitet. Die Entscheidung wurde von den EU-Mitgliedsländern unterschiedlich aufgenommen und in Brüssel selbst kontrovers diskutiert. Zumal keine Beweise vorlagen, dass sich der gesuchte General tatsächlich im Lande und somit in Reichweite kroatischer Behörden aufhält. Obwohl von insgesamt 625 an Kroatien gerichteten Forderungen des ICTY nach Aushändigung von Dokumenten und Überstellung von Personen bislang nur eine einzige unerfüllt blieb, erweist sich die „causa Gotovina“ für die Regierung Sanader als Stolperstein auf dem Weg in die EU und zugleich als Wasser auf den Mühlen der Beitrittsgegner. Offiziell ist die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen in Zagreb gelassen aufgenommen worden. Von Regierung wie Opposition wurde immer wieder betont, dass die von der EU geforderten Maßnahmen zur Anpassung an die Standards sowie zur Implementierung des SAA, das am 1. Februar 2005 in Kraft getreten ist, die positive Entwicklung des Landes weiter begünstigen und die Verzögerung Gelegenheit zur besseren Vorbereitung bietet. In der Bevölkerung selbst jedoch nahm die Zustimmung zum EU-Beitritt von über 60 % aus dem Jahre 2004 unmittelbar nach dem 16. März 2005 rapide ab und sank deutlich unter die 50 %-Marke. Der Anteil derer, die glaubten in der EU nicht willkommen zu sein und die Entscheidung aus Brüssel als unfair empfanden, lag im April bei 60 %.<sup>3</sup>

Nach der Niederlage der Kandidatin der Regierungspartei HDZ bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2005, bei denen sich Stjepan Mesić wiederholt durchsetzen konnte, und den Verlusten der HDZ bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2005, droht Sanader bei einem längeren Stillstand im EU-Annäherungsprozess eine weitere Schwächung seiner Position innerhalb der eigenen Partei und zunehmender innenpolitischer Druck. Dies gilt vor allem, weil er alles auf die EU-Karte gesetzt und innenpolitische Probleme, z.B. wirtschaftspolitische Reformen vernachlässigt hat. Das diese notwendig sind, wird trotz ansprechender Wachstumsraten, geringer Inflation sowie einer seit den 1990er Jahren überwiegend am EU-Binnenmarkt ausgerichteten Wirtschaft, an der hohen Arbeitslosigkeit und steigender Auslandverschuldung deutlich. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Wirtschaftssektoren resultiert aus der Tatsache, dass die Privatisierung und Restrukturierung des Unternehmenssektors nicht mit allerletzter Konsequenz verfolgt wurde, und notwendige Anpassungskosten noch ausstehen. Bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien im Bereich Wirtschaft schneidet Kroatien allerdings bei verschiedenen internationalen Rankings recht gut ab und liegt noch vor den beiden Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien.

Kroatien wird – trotz der unerwarteten Unterbrechung – den Weg in Richtung EU fortsetzen, und sich dabei, mehr als bisher, als zuverlässiger Partner erweisen müssen, der seine Verpflichtungen erfüllt. Soll das Land weiterhin als Vorzeigemodell für die Länder des Westlichen Balkans fungieren, muss dieser Weg auch von außen, d.h. von der EU durch kluge und wohlüberlegte Maßnahmen unterstützt und begleitet werden: die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen vom März diesen Jahres gehörte nicht dazu.

### Weiterführende Literatur

Bertelsmann Transformations-Index 2003. Auf dem Weg zur Marktwirtschaftlichen Demokratie, Bertelsmann Stiftung, 2004.

Grupe, C./ Kušić, S.: Zwischen Brüssel und Balkan – Kroatiens Wirtschaft auf dem Weg in die EU, in: Kohl, Christine von u.a. (Hrsg.): Kroatien und die EU: Fakten und Analysen. Balkan Diskurs 3, Wien 2005, S. 71-78.

Kušić, S./Grupe, C.: Ohrfeige aus Brüssel – Kurzer Schall oder langer Schmerz? Die Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, in: Südosteuropa, 53. Jg., 2/2005, S. 227-241.

---

3 Vecernji list, 4. April 2005.